

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.

Fernsprecher Nr. 9936.
Redaktionskabinett Montag
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die vierspaltige Beilagszeile 20 Pf. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pf.

No 26. Köln, den 28. Dezember 1918. VI. Jahrgang.

Am Jahreswechsel wünscht allen Mitgliedern viel Glück und Segen im neuen Jahre und einen baldigen Frieden.
Die Verbandsleitung.

Und aber Schluss.

Am 19. Januar sollen nun endlich die Wahlen zur nächsten Nationalversammlung stattfinden. Die erste Aufgabe derselben wird die Schaffung einer neuen Verfassung der Regierung sein. So wie es in letzter Zeit gegangen ist, kann es nicht weitergehen, wenn nicht die deutsche Volkswirtschaft total zusammenbrechen soll. Tag für Tag will die Zahl der Arbeitslosen gewaltig an. Industrie, Handel und Verkehr stockt schon in bedenklichem Maße. Unternehmungslust ist bei den jetzigen unsicheren Verhältnissen nirgends mehr anzutreffen. Geht dieses noch vier Monate so weiter, kommen wir zum Zusammenbruch der Kreditfähigkeit des Reiches, des Staates und der Gemeinden, wie auch der Privatunternehmungen sinkt dann Null. Gehälter und Löhne können nicht mehr ausbezahlt werden, Not, Elend und Hungersnot werden die natürliche Folge sein. Daneben droht die Verhängnisvolle des Scheiterns, die Verhängnisvolle des ganzen deutschen Geistes durch die Entente. „Ohne verhandlungsfähige Regierung kein Frieden und kein Brot“ rönt uns aus den inoffiziellen und offiziellen Verlautbarungen der Gegner immer wieder entgegen. Die neuen Gewalten die die alten haben nicht die nötigen Kräfte aufzubringen vermögen die Ordnung anzurichten zu erhalten. Die der Mehrzahl angehörigen Sozialisten der Regierung zeigen sich so und zu den guten Willen, sich gegen den Einfluss der Reichsgruppe zur Wehr zu setzen, finden aber nicht den Mut zu einem energischen Eingreifen. Die Männer von der Reichsgruppe, wie Haack, Raack, können in praktisch keine Tätigkeit mehr haben, da sie sich nur auf die Besetzung von den rüchlichen Positionen beschränken können von nur 700.000 Mann zur Aufrechterhaltung von Ordnung, die gegen die eigenen Volkswirtschaften gebraucht werden müssen. Der Herr Oberste Rathmann der Reichsgruppe ist noch immer als Aufrechterhalter und Organisator der Reichsgruppe zu betrachten. Das Volk zu

beglücken. Die Tagung der Arbeiter- und Soldatenräte, mit ihren Kadaverzügen, wo immer eine kleine Gruppe, unter Verhöhnung der Gelebe der Freiheit und Demokratie verfuhrte, der Mehrheit ihre Ansichten aufzuzwingen, hat ein widerliches Bild, wie es sich abstoßender nicht denken läßt.

Im Wirtschaftsleben geht es drunter und drüber. Wo die Industrie noch, trotz der unsicheren Verhältnisse Brot und Arbeit zu geben vermag, mehren sich die Entlassungen wegen Rohstoffmangel. Eine verhältnismäßig kleine Gruppe der Unbändigen, stellt trotz der seitens ähnlicher Gewerkschaften mit den Bedenkebesitzern getroffenen Vereinbarungen immer neue Forderungen, stellt die notwendige Arbeit ein und verhindert durch Sabotage die pflichtbewussten Kameraden von der Arbeit fernzuhalten. Die Gewerkschaftsführer aller Richtungen werden von diesen Gemalmenischen Leiste geschoben. Genau wie im Bergbau geht es in vielen großen Fabriken. Aus dem Handgelenk heraus werden Streiks beschlossen. Die für die Volkswirtschaft so wichtige Produktion der Rohstoffe, ohne die die übrigen Fabriken und Betriebe nicht arbeiten können, wird unheilvoll eingeschränkt. Außer dem drohenden Zusammenbruch steht aber für die Arbeiterschaft noch mehr auf dem Spiele, Mühsam, erst nach jahrelangen schweren Kämpfen sind die Arbeiterorganisationen namentlich als die berechtigten Vertreter der Arbeiter und Angestellten durchweg anerkannt. Die gegründete Arbeitsgemeinschaft zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen gewähren den letzteren einen Einfluss auf die Gestaltung der Lohn- und Dienstverhältnisse, wie es bisher in keinem anderen Lande der Welt der Fall war. Weitgehende Rechte sind ihnen damit gegeben, aber auch eine große Verantwortung auf ihre Schultern gelegt. Die getroffenen Vereinbarungen, Nachständentag unter Ausgleich der Löhne, Festlegung der Lohn- und Dienstverhältnisse auch in der Zukunft durch tarifliche Vereinbarungen nur, werden aber nicht durchzuführen werden können, wenn eine kleine Gruppe immer wieder versucht, mit volltönenden Parolen und plötzlichen Rutschen das Rückwerk der deutschen Volkswirtschaft ruftartig zum Stillstand zu bringen. Und dieses zu einer Zeit, wo große Teile des Hauptwirtschaftsgebietes Deutschlands von den Gegnern besetzt und sehr stark in der Tätigkeit behindert ist. Man sehe doch nur die Industrieoberfläche der großen Handelszentren und man erkennt mit aller Deutlichkeit, daß, treiben wir auf dieser Bahn weiter, wir in kurzer Zeit in den Abgrund gestürzt sind.

In dieser Stunde erwacht der christlich-nationalen Arbeiterbewegung eine welthistorische Aufgabe. Und dieses,

obwohl sie in Deutschland eine Minderheitsorganisation darstellt. Die Mehrheitsorganisation, die freien Gewerkschaften, sind in ihrer aufbauenden Tätigkeit stark gehemmt. Ein Teil ihrer Mitglieder, politisch immer mehr nach links abrutschend, folgt lieber einem Diebsteich auch in wirtschaftlichen Fragen, als den verantwortlichen Gewerkschaftsführern. Notgedrungen, um sich die Gefolgschaft zu erhalten, werden immer mehr Konzessionen gemacht, so daß sie schließlich, wie bei den Bergarbeitern nicht mehr die aufrechten Führer, sondern nur noch die dremjenden Mitgezogenen sind.

Dieser Entwicklung muß von allen Seiten ein entschiedenes „Nein“ aber Schluß mit dieser selbstzerfleischenden Bersekungsarbeit“ entgegenzusetzen werden. Nicht allein durch Worte, sondern durch die Tat. Dreihunderttausend neue Mitglieder, ohne die aus dem Felde Zurückgeführten, hat die christliche Gewerkschaftsbewegung in den letzten Wochen gewonnen. Jedes weitere Mitglied bedeutet eine weitere Arbeitskraft am Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens. Wer will da zurückbleiben, wenn es heißt, unsere nationale, kulturelle und soziale Zukunft sicherzustellen?

Aus unseren Berufen.

Einmalige Zulagen in Osnabrück. Dem steten Drängen des Verbandes nachgebend hat nunmehr die Stadtverwaltung beschlossen, den städtischen Arbeitern und Straßenbahnern eine einmalige Zulage zu gewähren. Dieselbe beträgt Mk. 198 für Ledige, Mk. 222 für Verheiratete ohne Kind, Mk. 258 für Verheiratete mit einem Kind, Mk. 276 für Verheiratete mit zwei Kindern, Mk. 294 für Verheiratete mit drei Kindern, Mk. 306 für Verheiratete mit vier Kindern, Mk. 324 für Verheiratete mit fünf Kindern. Die nach dem 1. September 1918 in Arbeit Getretenen erhalten den halben, die nach dem 1. Dezember Angefangenen den vierten Teil.

Lohnerhöhung für das Bromberger Straßenbahnpersonal. Die in der Versammlung am 6. November gewählte Lohnkommission hat ihrem Auftrage gemäß sofort die Verhandlungen mit der Betriebsleitung aufgenommen und zu einem für das Fahrpersonal befriedigenden Abschluß gebracht. Zunächst tritt eine Lohnerhöhung ein von 10 Mk. pro Monat, sodann wird die laufende Feuerungszulage, die am 1. Okt. von 50 auf 70 Mk. erhöht worden war, auf 100 Mk. erhöht. Der Anfangslohn der Schaffnerinnen wird auf 55 Pfg. die Stunde festgesetzt, nach einem Jahre steigt er auf 65 Pfg., nach zwei Jahren auf 75 Pfg. die Stunde. Alle Erhöhungen treten am 1. Dezember in Kraft. Außerdem erhalten alle Angestellten mit mindestens einjähriger Dienstzeit eine einmalige Feuerungszulage von 150 Mk., solche mit weniger als einjähriger Dienstzeit 100 Mk.

Verbesserung der Lohnverhältnisse in Graudenz. In einer gemeinschaftlichen Versammlung der Gemeindegewerkschaften und Straßenbahner, die am 9. November stattfand, wurde beschlossen, eine Erhöhung der Lohn- bzw. Feuerungszulagen zu beantragen. Diefem Antrage, der von unserem Verbands eingereicht wurde, hat die städtische Verwaltung in anerkennenswerter Weise sofort entsprochen. Es wurden die Löhne um 10 Prozent erhöht; Ueberstündigen an Werktagen worden mit 20 Proz., an Sonntagen mit 50 Proz. Aufschlag, an Feiertagen mit 100 Proz. bezahlt. Die Arbeitszeit wurde von zehn Stunden auf acht Stunden herabgesetzt. Entrencherliche hat nun das Gros der städtischen Arbeiter und Straßenbahner den Weg zum Verbands gefunden. Es muß aber alles geschoben, um auch den letzten Kollegen für den Verband zu gewinnen. Dafür zu sorgen, muß sich jedes Mitglied für verpflichtet halten.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Im Wandel der Zeiten. In Berlin wird augenblicklich gendes Flugblatt verbreitet: „Genossen! Götet euch vor Wiederholung der russischen Fehler! Die russische Arbeiter- und die russische proletarische Regierung merkt erst jetzt, wo zu spät ist, daß die Lüge der Arbeiterschaft nicht durch schenlose Lohnsteigerungen gebessert werden kann, wenn gleichzeitig gelingt, die Erzeugung zu vermehren. Die meine Steigerung derer Löhne wird stets durch das Wader Preise wieder mehr als wettgemacht. Nach amtlichen rechnungen der Sowjetregierung sind die Durchschnittslohnbeitslöhne jetzt in Rußland fünfzehnmal höher als im Reich. Aber die festgelegten Preise für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs sind zwanzigmal höher als im Reich. Zu den festgesetzten Preisen gibt es aber fast nichts zu kaufen und die Schwarzhandelspreise übertreffen die festgesetzten um das Hundertfache und mehr. Deshalb ist die Lage des russischen Proletariats trotz der gewaltigen Lohnsteigerungen viel elender als früher.“

Auch ein Zeichen der Zeit. Früher lautete die Parole Sozialdemokratie ganz anders.

Weise Selbstbeschränkung. Wie kürzlich in der Tagespost gemeldet wurde, hat Kommerzienrat August Reuß in Osnabrück der Besitzer einer größeren Maschinenfabrik, seinen ganz Betrieb zwecks Sozialisierung seiner Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt. Nach einer Mitteilung der „Danaer“ haben nunmehr die Arbeiter beschlossen, dieses Angebot anzunehmen, wenn sie die vorangehende monatliche Vergütung für besser halten, wenn das Unternehmen in starker Hand bleibe. Dieser Entschluß weiser Selbstbeschränkung verrät hohe wirtschaftliche Einsicht, und er ebt die in Frage kommenden Arbeiter zu wirklich glänzenden Bedingungen erlangen. Wie der „Genossenschaft“ nämlich mitteilt, hatte Geheiratet vorgeschlagen, die Arbeiter sollten eine genossenschaftliche Genossenschaft bilden, die ganz nach Belieben ihren Vorkauf wählt, und diese Genossenschaft sollte dann den Betrieb übernehmen. Alle Vorkauf sollten meist unter Tagespreis an rechnet werden, auch sollte die Genossenschaft noch etwa hunderttausend Mark bares Geld als Betriebskapital erheben. Die ganze so hergegebene Vermögen sollte die Genossenschaft mit 3 vom Hundert verzinsen, und die Abschreibung des Wert sollten auf das Laburpflichtige angerechnet werden. Den übrigen Gewinn sollten die Arbeiter unter sich verteilen. An dem hatte Geheiratet Reuß sich bereit erklärt, seine technischen Erfindungen unison zur Verfügung zu stellen und zu versprochen, nach neuen Konstruktionen sinnen zu wachen, ebenfalls unison dem Betrieb zur Verfügung gestellt werden sollten. Trotzdem haben die Arbeiter das Angebot abgelehnt, weil, wie es in der Meldung heißt, sie es für besser halten, wenn das Unternehmen in starker Hand bleibt. In welchem man in vielen Betrieben eine Besorgnisse wegen herabgehenden Konjunktur zu haben, und auf die starke Konjunktur glaubt man erst recht verzichten zu können. Beispiel, wie hier deutlich zeigt, wird. In dem Direktorium eines Wertes erweisen Bewusstheit, die die beiden Faktoren verstehen. Die nächste Frage gilt dem Geldbedarf, wird mit Beschlag belegt. Die geheimen Situationslagen werden erprobt. Die Leitung des Betriebes wird vom Arbeiterrat übernommen, d. h. dessen Vorsitzender ist der wirkliche Herr der Lage, und dieser Herr ist ganze 21 Jahre und dies ist nicht der einzige derartige Versuch der Welt wird. Selten kann in solchen Fällen nur die bittere Erfahrung und wir möchten wünschen, daß die Arbeiter des Osnabrück und des Berliner Werks nach vier Monaten einmal einen gleich aufstellten, wer nun besser gefahren ist. Leider es an diesem Vergleich nie kommen, denn das Berliner Werk dann längst zusammengebrochen und seine Arbeiter?

Ueber das Ergebnis der Volksspende (Lubenski, Spende Kriegsbeschädigte schreibt der Pressedienst des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge:

Der Volksspende sind aus dem Reich über 150 Millionen zugeworfen. Dieses glänzende Ergebnis übersteigt bei weitem die Erträge aller bisherigen Kriegswohlfahrtskammern. Erzeugt konnte es nur werden, weil alle Kreise des deutschen Volkes im Gefühl, daß jeder nach seinen Kräften für die Opfer des Krieges einzutreten muß, einmütig zusammenstanden. Auch vom Industrie und Handel, aus denen der Spende hohe Beiträge zuströmen, verdient insbesondere die deutsche Arbeiterschaft ihren Dank. In vielen kleinen Gaben, die teilweise aus erheblicher Opferlichkeit moalich waren, hat sie an dem großen Erfolge beigetragen.

Die Volksspende hat der Kriegsbeschädigtenfürsorge zwar große Mittel zugeführt, groß aber sind auch die Aufgaben, die für die Kriegsbeschädigtenfürsorge gerade jetzt infolge der Demobilisierung erwachsen. Wenn, wie fast zu erwarten, die Kriegsbekämpfung ihr Ziel, alle Kriegsbeschädigten nach Möglichkeit wieder zu arbeitsfähigen und zufriedenen Volksgenossen zu machen, erreicht, so verankert sie das wesentliche der Unterstützung, die ihr durch die Opferfreudigkeit des gesamten deutschen Volkes ohne Unterschied der Stellung und Partei ermöglicht wurde. So dient das von dem deutschen Volke den Kriegsbeschädigten dargebrachte Opfer nicht nur den Kriegsbeschädigten, sondern dem gesamten deutschen Volk und seiner Zukunft.

Soweit der Reichsausfall. Darüber, wie die Spende verwandt und angewendet werden soll, wird hier nichts gesagt. Die Kriegsbeschädigten jedoch können sich damit nicht anverwandeln erklären, daß über Bewältigung und Verwendung der Mittel am grünen Tisch befunden wird. Es ist vielmehr maßgebender Einfluß der Kriegsbeschädigten bei der Verfügung über die Spende zu fordern.

Die beste und sicherste Sparanlage. In den gegenwärtigen unruhigen und unsicheren Zeiten ist es verständlich, daß angestrebt werden mit Sorge in die Zukunft sehen. Dabei ist häufig die Beobachtung zu machen, daß diese Kreise wohl klagen und jammern, aber nicht den richtigen Weg für die Sicherung ihrer Existenz beschreiten. Den besten wirtschaftlichen Rückhalt finden die Arbeiter und Angestellten anderweitigenmachen in ihren Berufsorganisationen. Diese bieten ihnen die Gewähr für eine energische Vertretung ihrer Interessen und darüber hinaus einen festen Rückhalt in den Wechseln des Lebens.

Eine notwendige und wertvolle Ergänzung der gewerkschaftlichen Interessensvertretung ist eine günstige Lebensversicherung. Die günstigsten Bedingungen für eine solche Lebensversicherung bietet die gemeinnützige „Deutsche Volksversicherungsgesellschaft A. G. Berlin“. Das kapitalistische Gewinnsystem ist ihr nicht maßgebend, sondern das Wohl der Versicherten steht in erster Linie. Zudem bietet die Deutsche Volksversicherung die denkbar größte Sicherheit in finanzieller Hinsicht. Diese Sicherheit ist gewährleistet durch eine vom Reichsamt für Arbeitsschutz angeordnete Kontrolle, durch einen unabhängigen Prämienreferatensfonds, sowie durch ständig einlaufende Beiträge der Frankfurter Freunde von Versicherten. Keine Prämie, keine Sperrkasse und keine sonstigen Wertpapiere können diese unübertreffliche Sicherheit bieten. Gerade in den schwierigsten Zeiten kann den Mitgliedern unserer Gewerkschaften nicht dringend genug empfohlen werden, durch den Abschluss dieser Versicherung aufzulassen. Die Bestenfalls des Lebens nach dem Tode... fort vorzubringen. Auf keiner Sperrkasse kann das Geld so gut und so rentabel angelegt werden wie hier.

Aus der langen Reihe von bereits angeführten Versicherungen können wir nachstehend einige Fälle zum Beweis für das vorhin Gesagte anführen:

Name	Bezahlte Beiträge	Sterbegeld	Todesursache
Alborn, Heinrich	10 Mk.	1170 Mk.	Unfall.
Oehl, Heinrich	4 "	1450 "	"
Politzhaus, Wilhelm	48 "	850 "	Herzschlag.
Meyer, Gustav	84 "	1070 "	Unfall.
Masch, August	60, 20 "	1000 "	Schlaganfall.
Mier, Ursula	152 "	1400 "	Lungenentzündung
Schuster, Peter	137, 80 "	1000 "	Lungenentzündung
Münzer, Franz	1-4 "	1020 "	Nierenkrankheit.
Haber, Josef	51, 80 "	1000 "	Unfall.
Tawerska, Viktoria	102 "	1358 "	Lungenentzündung
Haber, Verta	45, 70 "	1000 "	"
Politz, Herbert	33 "	1000 "	Handgelenkentzündung

Die obige Tabelle von vielen zeigen, welche vorteilhafte Einrichtung die Deutsche Volksversicherung verkörpert liegt. Wenn der Todesfall während der Versicherungsfrist nicht eintritt, wird das Geld genau so gut angelegt wie in einer Sperrkasse und wird im Erbensfall ebenbürtig dem Versicherten zufließen können.

Arbeiterbewegung.

Stellung der christlichen Gewerkschaften. In dem evangelischen Wochenblatt „Rheinisch-Weich. Volksbote“ Nr. 47, ist folgendes zu lesen:

Die neuen Zeit ist unsere Vereinsarbeit notwendiger denn je. Große Aufgaben stehen und bevor. Darüber wird in aller Kürze das Nähere mitgeteilt werden. Das sei schon unbedingt

Notwendige ist die Stellung der gewerkschaftlichen Organisationen. Darum hat jeder einzelne die Pflicht, sich seinem Berufsverband anzuschließen. Nach früheren Beschlüssen können für uns nur die christlichen Gewerkschaften in Frage kommen. Hier gibt es kein Zögern! Sofortiges Handeln ist erforderlich! Der Rheinisch-Weichfälische Verband evangelischer Arbeitervereine.

Aus den Ortsgruppen.

Coblenz. Nachdem durch die Umwälzungen der letzten Zeit das Koalitionsrecht auch in den Straßenbahnbetrieben gesichert worden ist, haben auch die Angehörigen der Coblenzer Straßenbahn den Weg zur Organisation gefunden. Von Seiten der Direktion und einiger Herren Kontrollenre glaubte man gut zu tun, die Leute dem Berliner Verbande zuzuführen. Dieser Gedanke sowie der Anschluß an die freien Gewerkschaften, welcher von einigen Leuten aus der Wagenhalle propagiert wurde, fand jedoch keine Mehrheit. Am 2. Dezember fand in Ehrenbreitheim eine stark besuchte Versammlung statt, in welcher Kollege Weder, Coblenz, den Verhältnissen und Ziele unseres Verbandes vor Augen führte. Trotz starker Anstrengungen eines Vertreters der freien Gewerkschaften traten sämtliche Anwesenden fast reiflich unserem Verbande bei. Am nächsten Tage fand nun eine Versammlung für das Depot Coblenz statt. Hier war die Situation infolge ungünstiger, weil man dieses Depot als eine Domäne der Berliner Fachabteilungen bezeichnet, wie dieses auch durch die Anwesenheit eines Berliner Arbeiterdirektors und eines Kontrollenre, welcher ebenfalls für den Anschluß an den Berliner Verband eintrat, bewiesen wurde. Nach den Ausführungen von Kollege Weder wehte jedoch ein anderer Wind. Wenn auch in der Versammlung selbst keiner der Kollegen — durch die Anwesenheit des Kontrollenre — den Mut fand, unserem Verbande beizutreten, so brachte uns der nächste Tag doch eine große Anzahl Aufnahmen, so daß wir einschließlich der inzwischen beigetretenen, schon über die Hälfte des Personals organisiert haben. Günstig werden die anderen wohl lange auf sich warten lassen, wolle sie nicht als Hindernis der zu lösenden Fragen, wie Arbeitszeitverkürzung, bessere Entlohnung, Vermeidung und Behebung der freien Tage, anständiger Behandlung, Einschränkung der Strafen und Androhung der Selbstkassan, Wahl eines Arbeiterratschusses, Gewährung von Urlaub usw. gelten. Die Normalarbeit wird nun nicht umhin können, mit der Organisation, als der berechtigten Vertretung der Kollegenchaft, zu verhandeln, wie sie dieses auch schon auf eine Anfrage unsererseits zugesagt hat. Von den Kollegen verlangen wir nun aber auch, daß sie als Gewerkschaftler wie als Angestellte, ganz besonders in dieser schweren Zeit voll und ganz ihre Pflicht erfüllen. Nur dann wird das Bestehen unserer Ortsgruppe von Dauer und unsere Arbeit von Erfolg gekrönt sein.

Angehörigen dabei bereits Verhandlungen zwischen der Direktion und dem Verbandvertreter stattgefunden, die allerdings, soweit sie die Wünsche der Kollegen hinsichtlich ihrer Lohn- und Dienstverhältnisse betrafen, noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Wir werden demnach näher darüber berichten. Die Red.

Wien. In zwei gutbesuchten Straßenbahnerversammlungen sprach unser Bezirksleiter Kollege Jastendorfer. Als überaus frohlich begrüßte er den Zusammenbruch Deutschlands, das in wenigen Jahrzehnten sich zu ungeahnter Höhe entwickelt hatte und nun wieder, wie so manches Volk in der Weltgeschichte, wieder zurückgeworfen sei. Wir müßten uns wohl oder übel mit dieser Tatsache abfinden und an der Neuformierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens tatkräftig mitarbeiten. Die Umwälzung in die uns die Gleichberechtigung mit den anderen Gesellschaftsklassen gebracht habe, ermöglichte uns dieses. Vorbedingung zu erfolgreicher Arbeit in dieser Hinsicht sei, daß sich das werkschaftliche Volk in seinen Organisationen eng zusammenschließe, um mit Nachdruck für seine berechtigten Wünsche einzutreten. Leider sei das bei den meisten Straßenbahnern nicht der Fall. Eine Anzahl angesehener Kollegen habe uns noch fern und erblicke im Unterbewußten keine Interessensvertretung. Derselbe könne aber nicht so für die Kollegen eintreten wie eine geschlossene Berufsorganisation. Er bat die zahlreich anwesenden Kollegen vom Arbeitervereinsverein, sich unteren Straßenbahnerverbände anzuschließen, damit es uns möglich werde, in Zukunft unsere Wünsche mit größerem Nachdruck zur Geltung zu bringen.

Der Rechtsrat Jahn, der uns zur Versammlung mit seinem Feinde bediente, richtete bezüglich Kaufsworte an die aus dem Felde heimgekehrten Kollegen. In der Aussprache wurde gewünscht, umgehend eine Eingabe an den Gemeinderat zu richten zwecks Einführung des Admindentages und für monatliche Entlohnung des gesamten Fahrpersonals mit Kartenzahlung an jedem 15. des betreffenden Monats. Nachdem sämtliche Kollegen ihren Beitrag zu unserem Verbande erklärt hatten, schloß der Vorsitzende Kollege Stöcker die ausgedehnte verläuterte Versammlung.

